

Rechenschaftsbericht zum Wahlvertretertag des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt am 27.10.2011 in Wittenberg

a) BILDUNGSPOLITIK

Mark Twain bemerkte einmal sarkastisch: „Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar weg ist.“

Diese Befürchtungen sind angesichts der Tatsache, dass Bildungspolitik immer unter dem Diktat der Finanzminister steht, durchaus aktuell. Der Philologenverband mahnt seit über 20 Jahren die Politiker, ihrer Verantwortung für die Bildung außerhalb von Sonntagsreden als wichtigstes Gut der deutschen Gesellschaft, gerecht zu werden. Es ist oft ein mühseliges Unterfangen mit wenig Aussicht auf bedeutende Erfolge. Dennoch oder gerade deshalb treffen sich die Vorstandsmitglieder regelmäßig mit Landtagsabgeordneten, Ministern und Beamten aus dem Kultusministerium und dem Landesverwaltungsamt, um diese von Mark Twain beschriebene Katastrophe zu verhindern helfen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei bis zum Herbst 2010 unser stv. Vorsitzender, Dr. Dankward Vollmer. Er war eine nahezu unersetzbare Stütze, wir vertraten gemeinsam den Verband im Bildungskonvent für 5 Jahre, er war aktives Mitglied im Bildungsausschuss und wurde selbst von erbitterten Gegnern des gegliederten Schulsystems wegen seiner weitreichenden Kompetenz, seiner überzeugenden Argumentationskraft und seiner ehrlichen Streitbarkeit, die sich immer auf die sachliche Auseinandersetzung bezog, geschätzt. Seit einem Jahr kämpft er gegen ein schreckliches Krebsleiden und wenn wir ihn besuchten, konnten wir seinen ungeheuren Lebenswillen nur bewundern. Ich darf Ihnen, liebe Delegierte, seine herzlichsten Grüße übermitteln. Wir mögen alle gemeinsam für ein starkes Gymnasium eintreten und er lässt ausrichten, dass es für ihn nicht mehr möglich sein wird, aktiv an unserer Seite zu sein. Ich glaube, in Ihrem Namen sprechen zu dürfen, wenn wir Dankward Vollmer viel Kraft zur Überwindung dieser Krankheit wünschen. Unser Schatzmeister, Thomas Gaube, hat seit seiner schweren Krankheit Dr. Vollmers Funktion teilweise übernommen. Da ein solches Doppelamt unmöglich auszufüllen ist, wird er heute das Amt des Schatzmeisters aufgeben. Dieses hat er mit höchster Gewissenhaftigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Weitsicht ausgefüllt, wir sind als Verband deshalb schuldenfrei - jede europäische Regierung wäre glücklich, das von sich behaupten zu können. Etwas unauffällig, aber stets zuverlässig, stellte sich Hermann Weinert an unserer Seite den bildungspolitischen Herausforderungen. In der Diskussion mit Ministern, Staatssekretären und Abgeordneten vertrat er fachkundig und konsequent die Positionen des Philologenverbandes.

„Unsere Gymnasien bleiben erhalten“

Das war die entscheidende Aussage des Kultusministers während unseres ersten Treffens im September. Er fügte hinzu: *„Es wird keine Gründungen von Gemeinschaftsschulen geben, sondern wir wollen das Schulgesetz für die Einrichtung einer solchen Bildungsmöglichkeit öffnen. Diese rechtliche Ermöglichung stellt keinen Affront gegen das Gymnasium dar.“* In den Koalitionsverhandlungen wurde vereinbart, dass Gemeinschaftsschulen nur dort eingerichtet werden können, wo der Schulträger und die Gesamtkonferenzen einer solchen Veränderung zustimmen. Eine Arbeitsgruppe wird bis zum Jahresende einen Konzeptentwurf zur inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung dieser Schulen vorlegen. Die Frage, ob beabsichtigt ist, diese Gemeinschaftsschulen in der materiell- technischen Ausstattung gegenüber den anderen Schulformen zu bevorzugen, verneinte Dorgerloh. *„Es ist geplant, alle Schulen bis zum Ende der Legislaturperiode zu sanieren. Dabei sind die Landkreise zur intensiven Zusammenarbeit mit der Landesregierung aufgefordert. Sie müssen die Anträge stellen und es ist beabsichtigt, u.a. zinsfreie Kredite und EU- Fördergelder dafür mit zu nutzen.“* Der Philologenverband

Sachsen-Anhalt begrüßt ausdrücklich dieses Vorhaben der Landesregierung, insbesondere die Schulen auf den neuesten Stand zu bringen, deren Erhalt auch langfristig gesichert ist.

Wie bereits heute Morgen angesprochen, lehnt der Philologenverband Gemeinschaftsschulen im Sinne von „Alle lernen gemeinsam weniger“ ab.

In Sachsen-Anhalt gibt es ein umfassendes und differenziertes Schulangebot, das von den Sekundarschulen über die Gymnasien und berufsbildenden Schulen bis hin zu den Einrichtungen des 2. Bildungsweges (Kolleg und Abendgymnasien) für jede Begabungsform unserer Kinder und Jugendlichen das passende Angebot bereit hält. Insofern halten wir es, auch mit Blick auf die demographische Entwicklung, für wenig hilfreich, ein weiteres Angebot zu unterbreiten: Woher sollen die Schülerinnen und Schüler dafür herkommen? Die Gymnasien führen ca. 30% eines Schuljahrganges zum Abitur. Etwa 45% beginnen im Gymnasium und trotz intensiver Förderung können 15% von ihnen nicht das Abitur erreichen. Eine Gemeinschaftsschule müsste eine längere gymnasiale Oberstufe anbieten und individuelle Betreuung in sehr kleinen Lerngruppen ermöglichen, um den Schülerinnen und Schülern, die am ‚klassischen‘ Gymnasium scheitern, doch noch die Reifeprüfung zu ermöglichen. Das wäre sicher wünschenswert, aber entbehrt, angesichts der finanzpolitischen Situation, jeder Grundlage. Es ist nicht ungefährlich, die Forderungen nach gemeinsamen längerem Lernen allzu unbedacht ohne Bedingungen zu stellen, wie ein Blick nach Berlin zeigt. Hier richtete der rot-rote Senat so genannte Sekundargemeinschaftsschulen ein. Dort sind bis zu 30 Kinder, größtenteils mit Migrationshintergrund zusammen – von Lernen kann keine Rede sein - und sollen, wenn möglich, gemeinsam bis zum Abitur geführt werden. Eine Illusion und ein Sparmodell zugleich: Für diese Schulform wurden Hauptschulen und Realschulen zusammengelegt und statt zwei Lehrkräfte zur Verfügung zu haben, unterrichtet nur noch eine in solchen Klassen. Solche Zustände wollen wir nicht, denn sie sind Gift für die Zukunft unserer Kinder und tödlich für die Motivation unserer Lehrerinnen und Lehrer.

Wir dürfen die Augen nicht vor den Realitäten verschließen. Die wenigen Kinder der Zukunft müssen die Möglichkeit haben, auch ein gegliedertes Schulsystem vorzufinden. Eine bloße Ablehnung der Gemeinschaftsschule hilft uns da nicht weiter. Die Bundes- CDU hat sich vom dreigliedrigen System verabschiedet, und es wird immer schwieriger, Verbündete in unserem Kampf für das leistungsorientierte Schulsystem zu finden. Deshalb wird der heute neu zu wählende GV bereits Mitte November in seiner Klausurtagung über Alternativen beraten. Die demografische Entwicklung zeigt erschreckende Tendenzen und es sei noch zu dem heute Morgen Gesagten ergänzt: Von 142 Gymnasien, die 1991 mit 92.000 Schülerinnen und Schülern installiert wurden, sind heute keine 80 –die Schulen in freier Trägerschaft sind hier schon eingerechnet – mit noch 48.000 mehr vorhanden. Auf diese brennenden Fragen müssen Antworten gefunden werden. In bevölkerungsarmen Regionen ist es vorstellbar, unter einem Dach einen Sekundarschulzweig und einen gymnasialen Bildungsgang zu installieren. Das ist auf jeden Fall besser, als weitere gymnasiale Standorte zu schließen und damit einer kleinen Stadt oder großen Gemeinde das kulturelle Zentrum zu kappen. Es gibt unüberhörbare Signale, dass schon in wenigen Jahren die Ausnahmegenehmigungen für bestandsgefährdete Schulen nicht mehr verlängert werden. Trotz dieser Hiobsbotschaften: Die gymnasiale Oberstufe muss den Gymnasien und den bereits vorhandenen Bildungseinrichtungen, die zum Abitur führen, vorbehalten bleiben. Sie sollte möglichst viele Schülerinnen und Schüler aufnehmen, damit das Kursangebot attraktiv gehalten werden kann. Das Abitur hat den jungen Menschen, die es abgelegt haben, problemlos den Übergang in das Studium zu ermöglichen. Der richtige Weg ist die im letzten Jahr erfolgte Modifizierung der Oberstufenverordnung, nach der die Abiturienten ab 2013 alle belegten Kurse in die Gesamtqualifikation einbringen müssen. Wir haben diesen Entwurf deshalb auch begrüßt und lehnen eine Aufweichung gymnasialer Maßstäbe kategorisch ab.

Unser Abitur muss einem bundesweiten Vergleich standhalten und vergleichbar sein. Der vormalige Kultusminister Prof. Olbertz setzte 2008 eine Südländerabiturdebatte in Gang, die mit einer verheißungsvollen Erklärung der Kultusminister von Bayern, Baden- Württemberg, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt begann, die von uns auch begrüßt wurde: So

sollen gemeinsame Abituraufgaben in Mathematik und Deutsch erstellt werden, „wobei das hohe Qualitätsniveau des Abiturs in den beteiligten Ländern ohne Abstriche zu sichern ist... Dabei sollen bestehende Unterschiede u.a. bei Bildungs- und Lehrplänen und Prüfungsinhalten, in den Stundentafeln, in der Qualifikationsphase der Oberstufe und bei den Prüfungsterminen und Prüfungsmodalitäten Berücksichtigung finden.“ Geplant war, ein gemeinsames Abitur in diesen Kernfächern bereits im Schuljahr 2012/13 durchzuführen. Leider wurde die Zeit seither nicht effektiv für die umfangreich notwendigen Vorbereitungen genutzt, die eine Reifeprüfung erfordert, welche in mehreren Ländern identisch abgelegt werden soll. Das Resümee der guten Idee ist ernüchternd: Man hat sich lediglich auf einen Aufgabenpool geeinigt, auf den die betreffenden Länder ab 2012 zugreifen können- natürlich unabhängig voneinander.

Der Philologenverband Sachsen-Anhalt kritisierte die Abschaffung der verbindlichen Schullaufbahneempfehlung scharf, denn es ist zu befürchten, dass viele Kinder, die den Forderungen an dieser Schulform nicht gewachsen sind, enttäuscht werden, weil sie den gymnasialen Bildungsgang vorzeitig verlassen müssen. Der Minister erklärte, dass diese verbindlichen Empfehlungen nicht den erwünschten Effekt erzielt hätten, die Sekundarschulen zu stärken. Es werde deshalb eine Richtlinie zum Beratungsgespräch in Klasse 4 herausgegeben, die den Eltern ihre Entscheidung erleichtern sollen. Ob sich der Zulauf an die Gymnasien noch verstärkt und unsere Sekundarschulen nur noch weniger Kinder aufnehmen können, bleibt abzuwarten.

Obwohl allerorts ein zukünftiger Lehrermangel vorausgesagt wird, geben sich viele Landespolitiker, mit denen wir kontinuierlich im Gespräch sind, verhalten optimistisch. Es seien erheblich mehr Neueinstellungen als in den vergangenen Jahren vorgenommen worden, aber das Missverhältnis zwischen dem Überhang an gesellschaftswissenschaftlich ausgebildeten jungen Lehrern und das Defizit im naturwissenschaftlich-technischem Bereich führe dazu, dass zwar insgesamt genügend junge Kolleginnen und Kollegen bereit stünden, aber der spezifische Einsatz in bestimmten Fächern in der Zukunft Probleme bereite, heißt es aus dem Kultusministerium. Durch eine gemeinsame Initiative zwischen der Martin-Luther-Universität und dem Philologenverband wurden inzwischen 18 so genannte Primegymnasien installiert, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, Oberstufenschülern den Weg in die Lehramtsstudiengänge und zu den Naturwissenschaften zu öffnen. Sie können sich in einem Frühstudium ein Bild von der zukünftigen Hochschule machen und ihre Entscheidung für einen Studiengang sicherer treffen. Es herrscht unter unseren Schülerinnen und Schülern oftmals eine erschreckende Unkenntnis über die vielen Möglichkeiten, die Universitäten an Studiengängen bereithalten. Kritisch in diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass an den deutschen Universitäten die Fachdidaktiken und Methodenausbildungen zu den Lehrämtern oft als 5. Rad am Wagen behandelt werden. So kann es nicht verwundern, dass unsere Referendare und jungen Lehrerinnen und Lehrer oft mit diesen praxisrelevanten Elementen im Schulalltag Probleme haben. Hier fordert der DPhV seit Jahren eine Verschiebung der Prioritäten. Auch kritisieren wir scharf, dass das Referendariat auf 16 Monate verkürzt wird. Die Absolventen leiden unter erheblichem Termindruck und unter Prüfungsstress und können sich dadurch meist gar nicht in gewünschtem Maße in die Vielfalt des schulischen Lebens einbringen und ausreichend Erfahrungen im Unterricht sammeln. In den letzten Jahren haben wir die neuen Referendare regelmäßig in den Studienseminaren besucht, hier arbeitet Doris Jürschik vorbildlich und Ines Lützgendorf hat für einige Jahre in diesem Bereich den geschäftsführenden Vorstand vertreten.

Laut einer unveröffentlichten Dokumentation des Kultusministeriums in Sachsen-Anhalt aus dem Jahre 2009 gab es in den vier Schuljahren davor große Unterschiede von Schulen mit einer extrem niedrigen Quote von gerade einem Prozent bis hin zu einer Abbrecherquote von 28 Prozent. Das heißt, dass an manchen Schulen jeder vierte Schüler die Schule verließ, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Sachsen-Anhalt gehört mit einem Durchschnittswert bei den Schulabbrechern von über zwölf Prozent zur traurigen Spitze in Deutschland. Es besteht der politische Wille, aus diesem Tal herauszukommen, auf

Teufel komm raus und für einige Unverbesserliche soll es die Gemeinschaftsschule sein, die alles zum Guten wendet. Allerdings schafft man nicht den Förder- oder Hauptschüler ab, wenn man die Förder- oder Hauptschule beseitigt. Entgegen der allgemeinen Erwartung sind die erfassten hohen Abbrecherquoten nicht unbedingt an Schulen mit schwierigem sozialem Umfeld zu finden. Zum Teil ist das Gegenteil der Fall: Ganztagschulen scheinen der Studie zufolge die in sie gesetzten Erwartungen, die Abbrecherquote zu senken, nicht zu erfüllen: Unter den zehn Schulen mit den niedrigsten Quoten im Land finden sich nur zwei mit Ganztagsangebot.

Es bleibt eine Illusion, dass durch Eingriffe in die bestehende Schulstruktur Verbesserungen in der Abschlussbilanz erreicht werden können. Das größte Entwicklungsrisiko in unserem Bildungsland ist Bildungsferne und Armut. Tausende gut ausgebildete, vor allem junge Leute haben in den letzten beiden Dekaden das Land verlassen und damit geht uns ein enormes intellektuelles Potential verloren. Ist es deshalb so verwunderlich, wenn in unserem Bundesland so viele Schülerinnen und Schüler keinen Abschluss erreichen? Manche Politiker glauben dann, diese soziale Schieflage durch eine Reparatur des Schulsystems ausgleichen zu können. Das geht nicht. Die Kinder sind schon so unterschiedlich fit, wenn sie in die Schule kommen: Da können wir am Schulsystem so lange herumdoktern, wie Sie wollen: Es nützt nichts.

Durch Gemeinschaftsschulen ist eine Verbesserung dieser Situation kaum zu erreichen, aber auch nicht durch ideologische Verfremdung des Inklusionsbegriffes. Inklusion bedeutet nicht, dass alle gemeinsam lernen sollen, sondern die bessere Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft, die ihnen sonst oft verschlossen bleibt. Auf Initiative des Kultusministeriums in Sachsen-Anhalt konstituierte sich eine Arbeitsgruppe „Gemeinsamer Unterricht“, in der ich mitarbeite. Um Missverständnisse zu vermeiden: Dabei handelt es sich nicht um die inhaltlichen Aspekte einer Konzeption der Gemeinschaftsschule, sondern es geht um die Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern in das Regelschulsystem. Dabei stehen solche Fragen im Vordergrund wie die Verbesserung der präventiven Grundversorgung der Schulen, um Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine echte Chance zu geben, in einer Regelschule zum Abschluss zu kommen. Dabei spielen auch die Schulträger eine besonders wichtige Rolle, denn die Kosten für diese Form von Integration sind enorm und übersteigen oft die Möglichkeiten der Kommunen und Landkreise. Es müssen Fragen geklärt werden, wie die Pädagogen durch gezielte Fortbildungsangebote auf diese Situation vorbereitet werden und welche Rolle die zusätzlichen Lehrkräfte zur Unterstützung behinderter Kinder in Zukunft einnehmen müssen. Dabei treten natürlich die Förderschulen in den Blickpunkt: Es darf nicht sein, dass diese wichtige Schulform einer undifferenzierten Integration „um jeden Preis“ geopfert wird. Es müssen alle Optionen für geistig behinderte oder sozial- und lernschwierige Kinder erhalten bleiben, um sie in möglichst kleinen Gruppen von erfahrenen Förderschullehrern zu betreuen. Die Entscheidung, welche Schülerinnen und Schüler in den Regelschulen erfolgreich lernen können und welche unbedingt der speziellen Förderung bedürfen, ist eine sehr schwierige und trägt bei aller Gewissenhaftigkeit der Beteiligten den Makel der unsicheren Prognose.

Mit Blick auf das neu einzurichtende Landesschulamt ab 01.01.2012 erwartet der Philologenverband eine engere Zusammenarbeit zwischen den Schulleitern, den Referaten 504 (schulfachliche Referenten) und den Referaten 508 und 509, die u.a. für die Personalplanung und Unterrichtsversorgung verantwortlich zeichnen. Hier liegen noch Reserven, vor allem dahingehend, dass Personalmaßnahmen miteinander abgestimmt werden, um unnötige Unruhe an den Schulen zu vermeiden. Wir erwarten vor allem ein stärkeres Mitspracherecht der schulfachlichen Referenten in dieser Frage. Damit kann man die Arbeit für alle beteiligten erleichtern und wir müssen nicht ständig unsere Stundenpläne umstellen.

b) BERUFSPOLITIK / VERBANDSARBEIT

Seit 20 Jahren ist der Philologenverband Sachsen-Anhalt in den Stufenpersonalräten vertreten. Wir sind in der günstigen Lage, nicht zuletzt ist das der sehr gewissenhaften und umsichtigen Arbeit unserer Geschäftsstellenleiterin Frau Matthies zu verdanken, in nahezu allen Gymnasien unseres Landes Schulgruppen aktivieren zu können, aus deren Reihen sehr viele Kolleginnen und Kollegen in die Schulpersonalräte gewählt wurden. Entgegen der allgemeinen Tendenz in den Gewerkschaften, erhebliche Mitgliederverluste hinnehmen zu müssen, kann der Philologenverband -trotz altersbedingter Austritte- zurzeit sogar ganz leichte Zugewinne an Mitgliedern verbuchen. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen, heute sind davon nicht wenige anwesend, haben sich um die Mitgliederwerbung verdient gemacht. Stellvertretend sind hier Klaus Winter, der sich durch die Organisation qualitativ hochwertiger Veranstaltungen hervorgetan hat, Doris Jürschik, Hermann Weinert, Peter Dammann, Jens Lützgendorf oder Christian Buhtz zu nennen, deren Arbeit in den Regionalverbänden vorbildlich ist. Unsere Vertreter im Hauptpersonalrat, Iris Schrader- Bölsche und Klaus Winter, in den Bezirkspersonalräten sind das Doris Jürschik, Matthias Bartsch, Streikprofi und Gesundheitsexperte, Peter Dammann, Lutz Würzberg, der sich besonders als Fachmann für Altersteilzeit und Ruhestandsfragen etabliert hat, und Klaudius Wolowski aus Sangerhausen, haben sich große Anerkennung und Achtung unserer Kolleginnen und Kollegen durch fachkundige Beratung erworben, obwohl es nicht leicht ist, mit den wenigen Abminderungsstunden das hohe Arbeitspensum in guter Qualität zu bewältigen. Der Philologenverband Sachsen-Anhalt hatte in den Personalratswahlen vom Mai 2010 von 3123 gültigen Stimmen 1797 erhalten und damit fast 900 mehr als die GEW. Von den 4 Sitzen im Bezirkspersonalrat Halle gehören uns drei, von den 3 Sitzen in Magdeburg 2 und im Hauptpersonalrat ebenfalls 2 von 3. Das werten wir als großartigen Erfolg und das Ergebnis beweist, dass dem Philologenverband bescheinigt wird, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen engagiert und fachkundig zu vertreten. Natürlich wollen wir dieses gute Ergebnis in den nächsten Wahlen noch verbessern. Dazu ist aktive Mitarbeit in unseren Gremien von allen Philologen notwendig. Als stellvertretende Vorsitzende hat sich Iris Schrader- Bölsche um die berufspolitischen Belange besonders verdient gemacht. Seit vielen Jahren nimmt sie aktiv an Tarifverhandlungen teil, organisiert mit Matthias Bartsch u. v.a. Kolleginnen und Kollegen Arbeitskampfmaßnahmen und vertritt uns im berufspolitischen Ausschuss des DPhV. Die letzten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, bei denen wir durch sehr hohe Beteiligung an den Warnstreiks und den damit verbundenen Protestkundgebungen in Magdeburg und anderen Städten wie Naumburg, Merseburg, Halle, Sangerhausen, Halberstadt, Haldensleben, Gardelegen und Wittenberg Druck auf die Arbeitnehmer ausgeübt haben, führten nicht zu dem erhofften 8%-Gehaltsplus. Iris Schrader –Bölsche resümierte dann auch folgerichtig: „Unsere Kolleginnen und Kollegen können gut rechnen und sie merken schnell, dass das Ergebnis weit weg von den ursprünglichen Forderungen liegt.“ Ein Tarifabschluss ist eben immer ein Kompromiss. Obwohl der bittere Beigeschmack bleibt, nur Minimales erreicht zu haben, mussten wir die Einigung der Tarifparteien mit der Erkenntnis hinnehmen: Mehr war wohl bei diesem Spiel nicht drin. Der abenteuerlichen und egalisierenden GEW-Forderung nach einer Lehrerentgelteingruppierung in die E 14 für alle, nach dem populistischem Motto: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! erteilten wir prompt eine Absage. Dafür wurden wir als unsolidarische Verräter gebrandmarkt, behielten am Ende aber Recht: Die Verhandlungen dazu sind kläglich gescheitert und die GEW-Führung musste das auch kleinlaut einräumen. Wir sind schon deshalb für Besoldungsunterschiede, weil wir die Ansicht vertreten, dass gymnasiale Lehrtätigkeit zeitaufwändiger und wissenschaftlich anspruchsvoller als die Ausübung eines Grundschullehreramtes ist. Auch bedeutete eine gleiche Bezahlung für alle Lehrerinnen und Lehrer die Freifahrtkarte für den Einheitslehrer in flächendeckenden Gemeinschaftsschulen.

Ohne Öffentlichkeitswirkung wäre eine transparente Verbandsarbeit kaum möglich. So übernahm Henry Elstermann als Pressesprecher 1998 den Staffelstab von mir und wir können einschätzen, dass unsere Zeitschrift nach wie vor intensiv von den Kolleginnen und Kollegen gelesen und diskutiert wird. Auch die Landesregierung und die Medien berufen sich

nicht selten auf unsere Veröffentlichungen. Das kann nur an den interessanten und anspruchsvollen Artikeln liegen, die nicht selten bildungspolitische Debatten auslösten.

Printmedien sind wichtig, aber in einer digitalisierten Welt benötigt ein funktionierender Verband, der sich Gehör verschaffen will, auch eine attraktive Webseite. Das ist unverzichtbar. Seit vielen Jahren, um den Preis viel geopferter Freizeit, hat Rolf Laux mit absoluter Zuverlässigkeit und in höchster Qualität und Aktualität uns ein Sprachrohr über das Internet gegeben. Da er hoch professionell arbeitet, sparte er unserem Verband enorme Kosten, die wir sonst einsetzen müssten, um eine Präsentation in dieser Qualität zur Verfügung stellen zu können. Der berühmte I-Punkt ist die immer wieder originell von Hubertus Schmid gestaltete Titelseite, um die uns fast alle Philologenverbände beneiden.

Es gäbe noch so viel zu berichten und ich bitte all diejenigen um Nachsicht, deren aktive Verbandstätigkeit ich heute nicht explizit würdigte. Ich danke Ihnen allen für Ihr hohes persönliches Engagement für unseren Philologenverband, der nicht nur der stärkste in den neuen Ländern, sondern auch der am besten organisierte ist.